

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpf. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postk. Alfred Riedel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

## Die Gewerkschaftssprenger an der Arbeit.

Die allgemeine Wirtschaftskrise lastet schwer auf den Massen. Andererseits sind die Unternehmer bisher recht glimpflich dazugekommen. Es erscheint den Fabrikanten ganz selbstverständlich, daß auch in Zeiten schwerer Krise annähernd die gleichen Profite erzielt werden wie in normalen Zeiten, und daß andererseits der tarifliche Mindestlohn herabgesetzt wird. Erleichtert wird den Unternehmern dieses reaktionäre Treiben durch Bestrebungen, die hervorgegangen aus dem agitatorischen Bedürfnis der kommunistischen Partei, sich in den letzten Monaten zum Schaden der deutschen Gewerkschaftsbewegung auszuwirken.

Rußland steht zurzeit vor schweren inneren Erschütterungen. Auf den 281 Arbeitsämtern wurden amtlich 600 000 Arbeitslose registriert. Die Kontrollzahlen der Volkswirtschaft der Sowjetunion für 1929/30 geben bei insgesamt 10 971 000 beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfängern sogar 1 606 200 Arbeitslose an. Dabei werden überhaupt nur gewerkschaftlich organisierte registriert. Durch ein Gesetz hat man die sofortige Einstellung jeder Auszahlung von Unterstützung verfügt. Ein weiteres Gesetz bringt die Aufhebung der Freizügigkeit für alle Arbeiter und außerdem Strafmaßnahmen gegen solche Personen, die sich weigern, eine vom Arbeitsamt nachgewiesene Arbeit anzunehmen, oder die eine solche Arbeit verlassen. Auf diese Weise kann jeder Arbeiter, auch gegen seinen Willen, zu einer anderen Arbeit in irgendeinem Bezirk kommandiert werden. Wer seine Arbeit verläßt oder infolge Bruches der Arbeitsdisziplin gekündigt wird, gilt als Deserteur und wird als solcher bestraft. Durch diese Gewaltmaßnahmen will man die Waffensucht der Industriearbeiter zurück auf das Land verdrängen. Diese Flucht ist aber nur die Folge der Lebensmittelpnot in den Städten.

Zur Ablenkung der russischen Arbeiterklasse von diesem, auf den härtesten Terror und die Militarisierung der Arbeit gestützten System und von der eigenen wirtschaftlichen Not, versuchen die russischen Gewalthaber wieder einmal Manöver im Auslande in Szene zu setzen. Diesmal sollen die deutschen Arbeiter zu diesem Zweck mißbraucht werden. In der zurückliegenden Zeit haben die Arbeiter in Italien für die Befolgung der Moskauer Parolen den Bolschewismus eintauschen müssen, in Ungarn ist der bolschewistische Räteherrschaft der weiße Terror gefolgt, in Frankreich wurde die auf 2 Millionen Mitglieder angewachsene Gewerkschaftsbewegung gespalten, in der Tschechoslowakei sind nach jahrelangem wüstem Bruderkampf die Gewerkschaften bezimiert, wenn auch der weitaus größte Teil sich in den letzten Monaten wieder zu den freien Gewerkschaften zurückgekehrt hat, in Finnland hatte die bolschewistische Propaganda die Vappo-herrschaft zur Folge.

Also ist diesmal Deutschland an der Reihe, wo sich die KPD seit Jahren als ausgezeichnete Nährmutter der „Gelben“ und der „faschistischen Kampfbünde“ bewährt. Dieser Kampf der KPD gegen die freien Gewerkschaften ist nichts Neues. Nur hat die kommunistische Gewerkschaftszentrale zu verschiedenen Zeiten die Taktik geändert. In einem vor annähernd elf Jahren erlassenen Rundschreiben, das in der „Eisener Arbeiterzeitung“ veröffentlicht wurde, wird empfohlen: „Anträge und Resolutionen dürfen niemals mit „Fraktion der KPD“ oder „kommunistischen Fraktion“ unterzeichnet werden. Dieses Verfahren gibt den Verbandsorganen häufig Gelegenheit, sie unter den Tisch fallen zu lassen mit der Bemerkung, daß sie „kommunistische Fraktionen“ nicht kennen. Die Anträge und Resolutionen müssen vielmehr mit dem Namen eines Genossen unterzeichnet sein.

Wiederum nicht mit dem Namen des Obmannes oder eines unserer Sprecher, sondern mit dem eines anderen Genossen, der nicht weiter hervorruft.“

Jetzt glaubt Rußland den Zeitpunkt für gekommen, wo an Stelle des bisherigen illegitimen Kampfes gegen die freien Gewerkschaften der offene Zersörungswille treten soll. Schon vor längerer Zeit erklärte Losowsky, der Führer der kommunistischen Gewerkschaftsinternationale:

„Sowohl, unsere Anweisungen bedeuten Spaltung. Wir befinden uns in einer Sackgasse, aus der wir nur durch die Spaltung der reformistischen Verbände herauskommen.“

Unter der Führung der „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) hat die kommunistische Partei Deutschlands das Banner der Gewerkschaftsspalter entrollt. Als organisatorisches Fundament wurde der Betrieb bestimmt, so daß sich die RGO hierbei in grundsätzlicher Übereinstimmung mit den Gelben, Nazis und der Stahlhelmselfhilfe befindet. Wohl hat es in den eigenen Reihen der Kommunisten Männer gegeben, die sich gegen dieses frivole Treiben gemeldet haben. In einem Flugblatt kommunistischer Funktionäre, das im Frühjahr d. J. herauskam, heißt es unter anderem:

„Die kommunistische Partei hat in der letzten Zeit in ihrer politischen Linie eine Schwentung vollzogen, die sich mehr und mehr zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung auswirkt.“

Diese Schwentung ist nicht begründet durch eine Aenderung der Kampfbedingungen für das deutsche Proletariat, sondern entspringt lediglich dem agitatorischen Bedürfnis der auch die russische Bruderpartei beherrschenden Stalin-Gruppe . . .

Die deutschen Kapitalisten mit ihren starken Arbeitgeberorganisationen kann und wird man durch solche „Kampfmassnahmen“ nicht niederringen. Man schafft vielmehr durch diese Taktik in aussichtslosen Kämpfen gemürbte Arbeiterschichten, deren Kampfkraft bei dem mit Sicherheit einsehenden Gegenstoß der Unternehmer schwer vermischt werden wird.

Das in einheitlicher Front vorrückende Groszkapital kann sich für seine Aktion nichts Besseres wünschen, als eine weitere Zerreißung und Zersplitterung der bisher noch einheitlichen proletarischen Organisationen zu einem Zeitpunkt, in dem die politische und wirtschaftliche Situation einheitliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse gebietet verlangt. —

Das Ziel dieser meist aussichtslosen Kämpfe ist für bestimmte Genossen in der KPD-Zentrale auch nicht der Erfolg der kämpfenden Arbeiterschichten, sondern das Vortäuschen von revolutionären Steifbewegungen in Deutschland.“

Trotz dieses Protestes nimmt das verbrecherische Treiben im Dienste der KPD-Zentrale seinen Fortgang. Besonders unsere Berliner Verwaltungsstelle wurde schwer davon heimgesucht. Mit allen Mitteln versuchen fanatische Moskautanhänger jedes geordnete Versammlungsleben zu unterbinden und das Vertrauen der Verbandsmitglieder zur Organisationsleitung zu erschüttern. Die sachliche Gewerkschaftsarbeit wird durch diese Treibereien stark gehemmt, und besonders die Agitation und das Erziehungswert hat schwer darunter zu leiden.

Junge und indifferente Berufszugehörige, die durch mündliche oder schriftliche Werbung veranlaßt zur Versammlung kommen, finden statt Aufklärung und Geschlossenheit innere Kämpfe und heftigste Auseinandersetzungen. Der Gast hört die müdesten Angriffe und Beschimpfungen der Moskautjünger auf die Verbandsleitung, und da er nicht in der Lage ist, diese Situation zu durchschauen, wendet er sich weg und

ist oft auf Jahre hinaus für weitere Organisationsbestrebungen nicht mehr zugänglich.

Die RGO rechnet auf die Unzufriedenen in unseren Reihen. Es ist zu verstehen, wenn in Zeiten beispielloser Arbeitslosigkeit, wo es auch den Gewerkschaften nicht immer möglich war, das Ertrugene festzuhalten, noch weniger Verbesserungen zu erzielen, manches Verbandsmitglied verärgert ist. Alle Kollegen sollten sich jedoch die Frage vorlegen, was mit der Zersplitterung der Gewerkschaftsorganisationen gebessert ist. Es ist so leicht, sich radikal zu geben, es ist aber sehr schwer, in der Zeit der Wirtschaftskrise Kämpfe zu führen und Erfolge zu erzwingen.

Die RGO ist die Filiale der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau; diese wiederum gilt als Unterabteilung der kommunistischen Partei-Internationale. Die Mitgliedschaft in der RGO ist nach Abschnitt III ihrer Satzungen nur zulässig, wenn zuvor alle Beziehungen zu den Verbänden des IGB in Amsterdam gelöst worden sind.

### Wer also zur RGO neigt, stellt sich bewußt außerhalb der deutschen freien Gewerkschaften.

Vor allem schon deshalb, weil die RGO, als die den Gewerkschaften feindliche Organisation sich amacht, die Vorbereitung zur Neuwahl der Ortsverwaltungen vorzunehmen, von denen sie später erwartet, daß sie zu gegebener Zeit kollektiv den noch zu schaffenden roten Industrieverbänden sich anschließen. Um zu diesem Ziele zu kommen, schreibt der Beschluß der RGO vom 16. November d. J. vor, daß alle unsicheren RGO-Kantonisten aus Ortsverwaltungen und Betriebsräten zu entfernen sind.

Am 1. Januar 1931 soll diese neue revolutionäre Gründung in die Öffentlichkeit treten. Die deutsche Arbeiterklasse wird vor den bolschewistischen Volksbeglückern nur bewahrt bleiben, wenn sie aus den furchtbaren Niederlagen lernt, die die Arbeiter in Italien, Ungarn, Finnland, Polen, Frankreich, der Tschechoslowakei usw. haben in Kauf nehmen müssen, nur weil sie den revolutionären Maulaufreißern nicht genügend energischen Widerstand entgegengekehrt und die Einheit der Gewerkschafts- und Parteibewegung nicht ausreichend verteidigt haben.

Die Akteure der RGO berufen sich bei ihrer Spaltungstätigkeit ausdrücklich auf „die Lehren des Altmeisters der Arbeiterbewegung, Karl Marx“. Dieser hat sich aber schon im September 1869, als der Streit über die Gewerkschaftsfrage die Lassalleaner und Eisenacher (Richtung Bebel, Liebknecht) beschäftigte, gegenüber dem Metallarbeiterkassierer Hamann wie folgt geäußert:

„Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Zusammenhang gebracht werden oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen. Geschieht das, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus.“

Für uns gilt es, alle Bestrebungen, die zur Zersplitterung der freien Gewerkschaften führen können, zu bekämpfen. Gelingt es der KPD, aus der großen und starken freien Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ohnmächtige RGO-Zellen zu machen, dann ist die Arbeiterkraft wehrlos der Willkür der Unternehmer ausgeliefert. Große Teile der Werttätigen werden von den Gewerkschaften losgerissen, stellen sich verärgert beiseite oder wechseln zu den Nazis über. An dem Beispiel unserer Arbeitgeber sollten wir lernen und allen Zersplitterungsversuchen gegen unsere Gewerkschaft zielbewußt und machtvoll entgegenreten.

### Zum Neuaufschluß des Offenbacher Vertrages.

Die Verhandlungen zum Abschluss eines Manteltarifes für die Offenbacher Lederwarenindustrie, die am 20. November in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des hessischen Schlichters Dr. Kimmich stattfand, hob sich vorteilhaft von den vorherigen Verhandlungen ab. Es gelang in verhältnismäßig kurzer Zeit, durch sachliche Austragung der gegenseitigen Forderungen in einigen Punkten zu einer Vereinbarung zu kommen. Fünf wesentliche Bestimmungen des Mantelvertrages beschäftigten die Schlichtungsinstanz, die aus drei Beisitzern der Vertragsparteien und dem Schlichter bestand.

Die Parteien waren ferner übereingekommen, daß die Verfahrensregeln zur Beilegung von Streitigkeiten während der Vertragsdauer in einem Zusatzvertrag unter einer Schiedsgerichtsordnung zusammengefaßt werden sollen. Diese Neuregelung machte sich notwendig, weil bisher auch zum Teil mit den materiellen Bestimmungen des früheren Vertrages Verfahrensregeln verquickt waren, die zur Beanstandung Anlaß gaben, aber besonders bei der Verbindlichkeit des Manteltarifes als Hindernis sich erwiesen. Vereinbart wurde hierzu, daß die Vertragsparteien zu unmittelbaren Verhandlungen über die Schaffung einer Schiedsgerichtsordnung zusammenzutreten sollen. Kommt hierbei keine Einigung zustande, so findet eine Verhandlung vor dem Schlichter statt. Gelingt auch hier keine Einigung, so entscheidet ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem von den Parteien benannten Unparteiischen unter dem Vorsitz des Schlichters endgültig.

Im Vordergrund der Verhandlung stand unsere Forderung: die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ja nicht nur vom kulturellen Gesichtspunkt aus geboten, sondern durch die technische Umstellung und durch die Wandlung, die auch die Produktion der gesamten Lederwarenindustrie in den letzten Jahren stark veränderte, zur dringenden Notwendigkeit geworden. Die große und andauernde Arbeitslosigkeit, die schon vor der allgemeinen Wirtschaftskrise in der Lederwarenindustrie vorhanden war, und die in noch umfangreicherem Maße in den letzten Monaten in Erscheinung trat, sollte auch die Arbeitgeber verpflichten, die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit vorzunehmen. Bei der Vergebung der Aufträge in die Heimarbeit müßte bei der starken Ausbreitung derselben im Bezirk so verfahren werden, daß der betreffende Heimarbeiter oder die Heimarbeiterin nur sozial Arbeit zugewiesen erhalten, als der Ertrag derselben der verkürzten Arbeitszeit der im Betrieb Arbeitenden entspricht. Die anhaltende Arbeitslosigkeit im Offenbacher Lederwarenindustriegebiet erfordert solche Maßnahme, um endlich den seit Jahren bestehenden unerträglichen Zuständen Einhalt zu gebieten. Es muß unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß eine größere Anzahl Arbeiter untergebracht, resp. durch Senkung der Arbeitszeit in den Betrieben gehalten wird. Freilich kann im Hinblick auf die Heimarbeitverhältnisse nur dann eine einheitliche Regelung der Arbeitszeitverkürzung

durchgeführt werden, wenn der Betriebsrat bei der Ausgabe der Heimarbeit das Kontrollrecht hat, um damit eine gerechte Verteilung der Arbeit zu ermöglichen.

Der Schlichter konnte sich unteren Argumenten, die eine Kürzung der Arbeitszeit rechtfertigen, nicht verschließen. Er gab den Arbeitgebern zu erwägen, ob es nicht ratsam sei, angesichts der großen Arbeitslosigkeit, die seit Jahren in der Offenbacher Lederwarenindustrie herrscht, wenigstens bevor Entlassungen stattfinden, durch Herabsetzung der Arbeitszeit so lange als möglich die Zahl der Betriebsbelegschaft zu halten. Erst nach Verlauf von Wochen, wenn eine weitere Streckung der Aufträge nicht mehr durchzuführen ist, solle man Entlassungen vornehmen.

Die Arbeitgebervertreter haben zwar diesmal keine allzu gewichtigen Gründe ihrerseits gegen die Arbeitszeitverkürzung vorgetragen, sie lehnten aber die Einführung der 40-Stunden-Woche mit der Motivierung ab, daß durch die stufenweise Auftragsverteilung, die durch den ständig wechselnden Modegeschmack in der Herstellung der Lederwarenartikel bedingt sei, dem Betriebsinhaber jederzeit die Möglichkeit gegeben werden muß, die 48-Stunden-Woche voll auszunützen. Ferner sei zu berücksichtigen, daß die Kurzarbeit — mit Ausnahme einiger Zeit, wo es an Aufträgen nicht mangelt — schon fast zum Dauerzustand geworden ist. Die Realisierung der 40-Stunden-Woche müsse auch nach ihrem Durchführung nach allgemeinen Gesichtspunkt aus bemerkt werden und könne nicht die Aufgabe sein, die man in der Lederwarenindustrie zuerst zu lösen versucht.

Eine Einigung über die Arbeitszeitfrage wurde nicht erzielt und die Schlichtungsstelle entschied, daß es bei der bisherigen 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit bleiben soll.

Die Leberstundenbezahlung, die bisher 25 Prozent betrug, sollte auf Antrag der Arbeitgeber um 10 Prozent erhöht werden. Nach Auspruch erfolgte eine Einigung auf die bisher schon bestandene Regelung. Mit allem Nachdruck wurde gefordert, daß angesichts der starken Arbeitslosigkeit nur in ganz außerordentlichen Fällen Leberstunden gemacht werden sollen. Nach den Auslassungen des Schlichters scheint man auch behördlicherseits dazu übergehen zu wollen, energischer als bisher gegen das Leberstundenunwesen vorzugehen.

Der Lohnschlüssel und speziell die Neueinführung einer Bestimmung, wonach eine Arbeitsteilung in der Kofferherstellung für Angelernte Aufnahme finden sollte, wobei die Hilfsarbeiter im Lohnschlüssel niedriger eingruppiert wurden, war Gegenstand eingehender Erörterung. Es bleibt aber bei dem bisherigen Lohnschlüssel, wie dieser im bisherigen Vertrag vereinbart war.

Stark umstritten und abgelehnt wurde von den Arbeitgebern unsere zur Akkordarbeit bei Heimarbeit gestellte Forderung, die durch § 87 des B.R.G. (ohne weiteres) gegeben ist und die im Vertrag Ausnahme finden sollte. Diese lautet:

„Die Akkordlöhne sind für Werkstattarbeiter und Heimarbeiter im Betrieb zwischen Arbeitgeber und

Betriebsvertretung bzw. Lohnkommission festzusetzen.“

Die Schlichtungsinstanz hat diesen Antrag gleichfalls abgelehnt.

Die Bestimmung über die Heimarbeit wurde so festgelegt, wie diese durch den Schiedspruch vom 4. April 1930 gefaßt war:

„Die Beschäftigung von Heimarbeitern in der Kofferindustrie für die Herstellung von Schürzen und in der Leder- und Schuhindustrie ist unzulässig.“

Der Inhaber einer interessierten Firma für Militärarbeit hatte alles aufgeboten, um auch die Lederwarenindustrie in der Heimarbeit herstellen lassen zu können.

Die Ferien blieben in der bisherigen Anzahl von Arbeitstagen bestehen, und stellten sich je nach der Beschäftigungsdauer. Der Ferienparagraf erhielt eine Ergänzung, die gegenüber dem früheren Zustand eine Klärung bringt. Es wurde vereinbart, daß, wenn ein Arbeitnehmer aus Gründen, die nicht in seiner Person liegen, entlassen wird, so ist ihm von Austritt aus dem Arbeitsverhältnis für jeden Monat, der zwischen dem Austrittstag und dem letzten Wiederholungs des Eintrittstages liegt, ein Zwölftel des am Austrittstag bestehenden Urlaubanspruches zu vergüten.

Ferner wurden einige Verbesserungen in den einzelnen Bestimmungen vereinbart. Auch reaktionäre Änderungen erfolgten bei dem Wortlaut „Zum Antwort des Tarifvertrages“ sowie in den einzelnen Paragraphen, soweit dies erforderlich war.

Im § 8 des neuen Vertrages ist die Gültigkeitsdauer festgelegt. Der Manteltarif soll von dem Zeitpunkt an Geltung erlangen, an dem der Zusatzvertrag über die Beilegung von Streitigkeiten (Schiedsgerichtsordnung) durch die Parteien abgeschlossen ist, und gilt bis zum 30. April 1932.

Im § 9 wurden die besonderen Bestimmungen vereinbart.

Der Schiedspruch, der gefaßt wurde, gilt als Ergänzung zu der Vereinbarung über den Manteltarifvertrag vom 20. November 1930 für § 2 Ziff. 1 und 2, § 3 Ziff. 1 und 2, § 5 Ziff. 1 und 4, § 7 Ziff. 1 und § 8 Ziff. 5 die im verbindlich erklärten Schiedspruch des Tarifamtes vom 4. April 1930 getroffene Regelung.

Der Termin zur Erklärung der Annahme oder Ablehnung der Vereinbarung und des Schiedspruches war auf den 1. Dezember 1930 festgelegt. Unser Verband hat sich für die Annahme ausgesprochen und nach der Mitteilung, die uns inzwischen geworden ist, haben auch die Arbeitgeber dem Schiedspruch zugestimmt.

Der materielle Teil des Vertrages ist somit von den Parteien angenommen. Ueber die Schiedsgerichtsordnung zum Vertrag wurde am 2. Dezember 1930 zwischen den Vertragsparteien verhandelt. Da es zu einer Einigung nicht kam, soll am Montag, dem 8. Dezember, nochmals über diese Frage verhandelt werden.

### Wirtschaft und Kultur.

#### Der weihnachtliche Glaube an das Kind.

Weihnachten sind wir alle gern einmal wieder Kind. Kind unter Kindern. Die Kinder wollen wir gern überraschen. Die Kinder freuen wir uns. Alles so herzlich und rein. So natürlich und liebend.

Wir sprechen vom Weihnachtsfeste als dem Feste der Familie, dem Feste des Kindes, dem Feste der Menschlichkeit. Welchen Namen wir dem Feste auch geben, nur der Name ist immer anders. Immer ist es nur ein anderer Name für die gleiche Seele und Tiefe und Innigkeit. Für die Kindlichkeit, die dem Weihnachtsfeste sein Gepräge gibt und gab in allen Jahrhunderten.

Dem Kinde soll es vor allem gelten, das Weihnachtsfest. Ob wir, die wir erwachsen sind, nicht damit, ohne es zu merken, auch das Kind einmal füttern und fettern wollen, das in jedem einzelnen von uns allen ist? Das Leben ist diesem göttlichen Kindlichen in uns zumider. Das Leben ist auf so ganz anderes eingestellt. Was der Mensch da nicht verstanden, wenigstens an Tagen, an einigen Festtagen, dem zu dienen, das in ihm das Heiligste ist?

Am Alltagsleben haben wir es allerdings meist vergessen, daß da in uns allen etwas vom Kinde lebt. Versteckt, verschüttet und meist nur verflümmert. Aber es lebt da. Es ist da vorhanden. Ruht nur einmal diese zartesten Saiten der Tiefe eurer Seele, und ihr fühlt es, es ist das Kind in euch, das da leht und glaubt.

Das Genie hat es immer wieder ausgesprochen, daß es sich verwandelt mit dem Kinde fühlt. Goethe, Hebel, Hölderlin, alle die wunderbaren Schöpfermenschen, sie haben im Kinde sich. In diesem Naturnahen und Unbefangenen. In diesem Liebenden, das die Welt nicht mit Klugheitsaugen betrachtet,

sondern aus dem Gefühle einer tiefen Verbundenheit. Sollte sich das Kind nur im Genie noch gerettet haben aus den Jahren der Kindheit hinaus? Nein! Auch in uns ist es geblieben. Wenn auch gedrückt und verzerrt. Wir brauchen nur einmal mit Kindern ganz wie selber zu sein, und wir fühlen es, daß auch wir immer noch Kind sind.

Die Kindheit ist nicht ein Stadium, das der Mensch überwindet, um es zu verlassen. Gerade heute hat die Wissenschaft es erwiesen, daß das stimmt, was der Naturphilosoph Rousseau vor 100 Jahren schon sagte: „Jedes Alter, jedes Lebensverhältnis hat seinen entsprechenden Höhepunkt, seine ihm eigentümliche Zeit der Reife“. Die es vor den Ältern zu retten gilt im Sinne des Menschen. Das Kind ist nicht minderwertig und nicht ein kleiner Erwachsener. Es ist Kind mit innigem Gefühle und voll Feier eines unbewußten bindenden Dranges. Und das Kind muß Kind sein, daß es aus dem Höhepunkte seiner Kindlichkeit strömt in die Jugend, in die Reife, auch Jugend und Reife zu adeln und zu durchheiligen.

Ob nicht das große Staunen, das das schaffende Volk heute überall erfüllt dem Kinde gegenüber, und ob nicht diese Liebe zum Kinde, die da gerade heute in uns allen wach geworden, ob sie nicht ein Stück des großen Erwachens unserer Selbst ist? Das Ahnen von Tiefen, die es zu betreten gilt? Ja, diese große Liebe des schaffenden Volkes zum Kinde ist eine Erscheinung der großen Auferstehung des Menschen an dieser Wende der Zeit.

So sollen wir sein! So sollen wir bleiben! So werden Menschen alle einmal sein! So glücklich und so herzlich. So natürlich und so liebend. So echt. So genial groß. Dann wenn nicht mehr Berechnung und Klugheit im Leben bestimmend sind, sondern der Mensch, nur die Idee, nur das Wahre und das Verbindende. Nur das Kind im Menschen. Nur im

Menschen das herztliche Menschliche. Und es ist ein Ahnen von kommender Weihnacht, wenn wir mit Kindern Kinder sind.

Nur vom kämpfenden Volke wird dieses heilige Kindliche getragen, das da einmal der neuen Menschheit das Gepräge gibt. Seit Goethe wissen wir, daß die Alterskrisen des einzelnen Menschen mit den Epochen der Weltkulturen zu vergleichen sind. Wie die einzelnen Menschen, so wachsen die Kulturen aus dem Unbewußten und Tiefen des Kindlichen ins zivilisatorische Vor-Bewußte. Und dann geht die Menschheit in erstarrenen Zivilisationen immer von unten heraus, aus den unverbundenen und unverbundenen Schichten, die neue Kultur. Schlicht, menschlich, brüderlich, kindlich. Wir nennen es gläubig und solidarisch. Daß dieses tiefe Heilige des Menschlichen in einer neuen Ordnung der Gemeinschaft dann endlich beseitigt!

Und so feiert nicht nur der einzelne Mensch am Weihnachtsfeste sich selber, das Kind in ihm selbst. So feiert die Menschheit am Weihnachtsfeste auch die Tiefe ihrer Seele. Das hohe Kindliche, das es zu befreien gilt. Mitten im wüsten Rauschen und Tagen und Sorgen. Mitten in aller erstarrenen Zivilisation der Weltwirtschaft! Dieser Tage feiert die Menschheit am Weihnachtsfeste sich.

Aus den Hütten heraus wird der heilige Kindgedanke geboren. Da wo Menschen gar nichts als sie selbst nur besitzen, da wird das hehre Neue erobert und erlitten und ertränkt. Da, wo Menschen schon heute zusammenstehen aus einer Not, da klammert das Götliche.

Daß es uns feiert! Glaubst an den Stern unsere Kindheit! Unser Kampf gilt einem heiligen Gedankens der Mensch soll sein wie ein Kind.

Dr. G. A.

### Wie die Arbeiter von den Nazis betrogen werden.

Einen interessanten Einblick in die Agitationstätigkeit der Nationalsozialisten bietet ein Schreiben des Sekretariats Sachjen der NSDAP, das wir dem „Dissenbacher Abendblatt“ entnehmen.

In Sachjen wandten sich die Nationalsozialisten während des Wahlkampfes an die Unternehmer mit der Bitte um geldliche Unterstützung. Als daraufhin ein Fabrikant zurück schrieb, es könne ihm nicht zugemutet werden, eine „Klassenkämpferische“ Partei zu unterstützen, antwortete das Sekretariat der NSDAP wie folgt:

„Zu Ihrer Bemerkung betreffs sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie Sie sich danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Lärm unserer öffentlichen Reden betören — der Zweck heiligt doch das Mittel. Welche Partei löst nicht Ihre Träger? Seien Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist bezüglich Ihres zur Zeit schwandenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen als bei unserer NSDAP. Gemüß, es sind Schlagworte, wie „Nieder mit dem Kapitalismus!“ usw., aber selbige sind notwendig, unbedingt, denn unter dem Banner deutsch-national, oder nur national allein, wissen Sie, kommen wir nicht zum Ziel, haben also keine Zukunft mehr... Also verstehen Sie nur recht, wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen — sonst würden sie sich nicht bei uns zu Hause fühlen. Mit einem direkten Programm marschieren wir nicht auf — aus diplomatischen Gründen. Das behalten wir uns vor. Nur müssen wir die Zügel wieder fest in die Hand nehmen... Inzwischen sind ja auch durch die langjährige Erwerbslosigkeit die Arbeiter zu zermürbt, daß sie es als eine Rettung ansehen, billiger arbeiten zu können.“

Kommentar überflüssig!

### Zehn Jahre Preussische Staatsverfassung.

Dem „Heimatsdienst“ entnehmen wir einen Artikel des Genossen Carl Seering anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Preussischen Staatsverfassung.

Die Bedeutung Preußens in Deutschland rechtfertigt es, daß man den Tag, an dem die jetzt geltende Preussische Verfassung vor zehn Jahren in Kraft trat, nicht ohne Bedenken vorübergehen läßt. Unsere Zeit lebt schnell, die Ereignisse überstürzen sich, und so ist heute die Erinnerung an das Werden des neuen Preußens schon verblaßt. Das alte Preußen hatte sich zu einem Hort der Reaktion in Deutschland entwickelt, zu einem Bollwerk gegenüber allen Versuchen des Volkes, teilzuhaben an der Macht ausübung im Staate. Alles Drängen der freiheitlichen Schichten unseres Volkes auf Reformen im Wahlrecht und in den Verwaltungsgrundformen blieb in der Vorkriegszeit vergeblich. Erst die Stürmung des November 1918 haben wir in ganz Deutschland so auch in Preußen für eine freiheitliche Entwicklung und Gestaltung der Verfassung die Voraussetzungen geschaffen. Gerade heute, wo besonders in der jüngeren Generation hier und dort falsche Vorstellungen von der „guten alten Zeit“ aufstauen, scheint es mir nützlich zu sein, an die Erstarrung des alten Preußens in der Vorkriegszeit zu erinnern.

Aus den Sitzungsberichten der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung verpürt man heute noch die leidenschaftliche Erregung des politischen Kampfes jener Monate und Jahre. Auch in den Debatten der preussischen Landesversammlung kamen alle Wünsche und Forderungen, die in der deutschen Politik damals die Köpfe erhitzen, zum Ausdruck. Der Kampf ging um die Frage des Ein- oder Zweikammerregimes, um die Errichtung des Postens eines preussischen Staatspräsidenten, aber immer wurden die Debatten glühvoll geführt von der leidenschaftlichen Erbitterung über das Dreiklassenwahlrecht der alten preussischen Verfassung. Auch der Unwille über die ungleiche Behandlung der Konfessionen im alten Preußen, wie die Kritik an der bisher geübten preussischen Verwaltungspraxis fanden in den erregten Auseinandersetzungen der preussischen Landesversammlung ihren lebendigen Ausdruck.

Die Anfänge der neuen Preussischen Verfassung bestehen in einem Entwurf des damaligen preussischen Innenministers Wolfgang Heine, den er im Februar 1919 dem Staatsministerium vorlegte. Dieser kurze Entwurf war als Diskussionsbasis für das Staatsministerium und die verfassunggebende Landesversammlung gedacht. Um die verfassungstote Zeit, die bis zur ordnungsmäßigen Verabschiedung einer Verfassung durch die Landesversammlung sich ergab, zu überbrücken, verabschiedete das preussische Staatsministerium am 18. und 20. Februar 1919 in Weimar den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der vorläufigen Staatsgewalt in Preußen, das der preussischen Landesversammlung die Aufgabe und die Vollmacht zur Verabschiedung der Staatsverfassung zuwies. Dieses Gesetz wurde bereits am 20. März 1919

von der Landesversammlung verabschiedet und damit die feste gesetzliche Grundlage für die Arbeiten der Organe des neuen republikanischen Staatswesens geschaffen. Schon bei dieser Beratung tauchte der Gedanke der Schaffung eines Staatsrates, eines „retardierenden Elements“, auf, einer Körperschaft, die ein Einspruchsrecht gegenüber dem Landtag haben sollte.

Im Preussischen Ministerium des Innern gingen im Jahre 1919 die Vorarbeiten zur Verfassung weiter. Am 29. November 1919 reichte der preussische Innenminister einen neuen Verfassungsentwurf dem Kabinett ein, der sich von dem ersten Entwurf in verschiedenen Punkten unterschied. Von einem Staatspräsidenten war nicht mehr die Rede. Dem Landtagspräsidenten hatte man eine herausgehobene Stellung dadurch geschaffen, daß er den Ministerpräsidenten berufen, auf dessen Vorschlag die Minister ernennen sollte. In jener politisch sehr bewegten Lage beantragten die Mehrheitsparteien der Landesversammlung, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, den Versuch zu machen, die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem Einheitsstaat (sobald als möglich herbeizuführen). In den Motiven zu diesem Antrag hieß es u. a., daß die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme in einem einzigen großen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen weitest gehende Selbstverwaltung gesichert wird, sich immer stärker offenbare. — Dieser Antrag, der dem Gedanken der Errichtung eines deutschen Einheitsstaates einen kräftigen Antrieb gab, wurde von der Landesversammlung angenommen. Ein greifbarer Erfolg ist heute, nach fast 11 Jahren, nicht erreicht worden.

So mußte das damalige preussische Kabinett seine Arbeiten an der eigenen Preussischen Verfassung wieder aufnehmen. Am 25. Februar 1920 ging der fertige Verfassungsentwurf an die verfassunggebende preussische Landesversammlung. Da brach der Kapp-Zug aus. Eine seiner Folgewirkungen war der Rücktritt des preussischen Kabinetts. An Stelle des Innenministers Heine übernahm ich unter der Ministerpräsidentenschaft Otto Brauns das preussische Ministerium des Innern. Nun fiel mir die Aufgabe zu, die Verfassungsvorlage vor der Landesversammlung zu vertreten und damit die große Debatte zu eröffnen, an der der Schöpfer der Reichsverfassung, Hugo Preuß, hervorragenden Anteil nahm. Hugo Preuß sah das Wesentliche für die Verfassung der Preussischen Republik darin, „das Verhältnis Preußens zum Reich und zu seinen eigenen Provinzen im Geist der neueren Staatsordnung durch demokratische Dezentralisation und Selbstverwaltung zu regeln“.

An die Landtagsdebatte schlossen sich die langen Beratungen des Verfassungsausschusses, der in die Verfassung die Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid hineinarbeitete. Das Wahlrecht wurde auf 20 Jahre festgelegt, statt, wie vorgezogen, auf 25 Jahre. Am 26. November 1920 begann die dritte Lesung, die vier Tage später, am 30. November, ihren Abschluß fand. Von 374 anwesenden Abgeordneten stimmten 280 dem Verfassungsentwurf in seiner heute geltenden Gestalt zu.

Damit war die gesetzliche Grundlage für den neuen preussischen Volksstaat geschaffen. Sie gab den breiten Massen des Volkes das Mitbestimmungsrecht an den Geschicken des Staates und machte den Artikel 2 der neuen Verfassung zur Wirklichkeit, der da bestimmt: Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes. Unter normalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hätte die neue Staatsform die reaktionären Zeitströmungen (spielend leicht überwunden. Außenpolitischer Druck und innere Wirtschaftsnöte aber begünstigten den reaktionären Widerstand nicht nur, sondern auch den empfindlichsten Mißbrauch mit den neuen Volksrechten. Die Einrichtung der sogenannten Kleinen Anfragen und das Recht des Landtags auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen werden nirgends mehr zu einer lächerlichen Farce herabgewürdigt als bei gewissen Parteien des Preussischen Landtags. Das ist eine dunkle Seite der Volkswrache, die aber in dem Augenblick verschwinden wird, in dem das Volk, befreit von seinen wirtschaftlichen Nöten, auch von seinem Parlament ernste Arbeit verlangen wird.

Der Kern der Verfassung ist gut. Es ist kein Zufall, daß gerade unter dieser Verfassung in all den Wirren der Nachkriegszeit Preußen der ruhende Pol in der Ercheinungen blutet geblieben ist. Das Reich, das vor zehn Jahren geschaffen wurde, hat sich gerade in dieser schweren Zeit der Prüfung als gut und brauchbar erwiesen. Wir haben heute nicht Mühe und Sammelung, um zu feiern, es ist nicht die Stimmung, um Feste zu begehen. Aber wir dürfen mit Recht und Stolz darauf hinweisen, daß die vor zehn Jahren geschaffene Preussische Verfassung gegenüber dem bis dahin bestehenden preussischen Verfassungsrecht einen ungeheuren Fortschritt bedeutet, daß sie den Weg ins Freie und zur Freiheit erschlossen hat. Die Wege zur Demokratie sind geschaffen. Sie haben den Massen, das auf ihnen zielbewußt zu marschieren versteht.

### Handwerksmeister und 9. Schuljahr.

In diesen Wochen befaßten sich die Innungsausschüsse und Handwerkskammern in ihren Sitzungen und Versammlungen mit der Lehrlingsausbildung bzw. mit dem Vorschlag der preussischen Staatsregierung, ein weiteres neuntes Schuljahr für die Schulentlassenen einzuführen. Die Innungsmeister betonen dabei ein besonderes Interesse an der Lösung dieser Frage. Nur müssen wir dies betonte Interesse schon richtig verstehen. Sie haben nämlich nur das Interesse, die bisherige Lehrzeit noch weiter zu verlängern und ein neuntes Schuljahr, ob berufliche Vorbildung oder weitergeführte Volksschulbildung, zu verhindern. Man hat, um dem vorzubeugen, schon seit längerem in den einzelnen Innungen die Lehrzeit für die handwerklichen Lehrlinge von 3 Jahren auf 3 1/2 und 4 Jahre verlängert, und nun soll da noch ein fünftes Lehrjahr hinzukommen. Man entschuldigte seinerzeit die Verlängerung der Lehrzeit damit, daß die Lehrlinge in diesem weiteren halben oder ganzen Jahre noch besser ausgebildet werden sollten. Wir sehen aber auf dem Standpunkt, daß unsere Lehrlinge, insofern sie innerhalb der ersten drei Jahre nichts lernten oder nichts lernen konnten, dann bestimmt nichts mehr dazulernen werden. Wenn die Handwerksmeister die Anzahl ihrer Lehrlinge heruntersehen und dabei die Lehrzeit verlängern, so ist das doch noch wie Wette und sehen wir, daß immer ihr eigenes Interesse zuerst bedacht wird. Man hat dabei vergessen, die Löhne (wenn man die Vergütungen überhaupt so nennen kann) der Lehrlinge auch zu steigern. So erhält heute ein Lehrling im 3. oder 4. Lehrjahr immer noch 4 bis 6 Mt., soweit dies überhaupt gezahlt wird und nicht gar darunter. Vergleichen wir die Leistungen, welche von einem Lehrling im 3. oder 4. Lehrjahr verlangt werden, mit seiner Entlohnung, so können wir ohne Uebertreibung von einer Ausbeutung der Lehrlinge und einer Lohndrückerei durch die Lehrlinge sprechen. Arbeitet ein Lehrling im 3. und 4. Jahr das gewünschte „Gehilfenpensum“ nicht heraus, so kann er sich beiseiten schon auf seine Entlohnung nach Beendigung der Lehrzeit gefaßt machen, wo man ihn gerade noch für längere Zeit als Gehilfen beschaftigen sollte, wo ihm auch Gelegenheit gegeben wäre, und das besonders in der Rundschafarbeit, sich noch weiter zu vervollkommen. Lehrlinge werden zum Lernen, zur beruflichen Ausbildung in die Lehre gegeben und sollen nicht als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker mißbraucht werden.

Wir sind als Gehilfen deshalb gegen eine Verlängerung der Lehrzeit für unsere handwerklichen Lehrlinge, und müssen unsere Gesellenausschüsse auch in den Handwerkskammerversammlungen energisch dagegen protestieren.

Wir fordern aber ein neuntes Schuljahr, und zwar in der Weise, wie es schon seit Jahren in Frankreich, England und Amerika eingeführt wurde, als „Vorlehre“, als eine berufliche Vorbildung in vorbildlichen staatlichen Lehrwerkstätten, um dem Lehrling die Berufswahl zu erleichtern, um den Arbeitsmarkt für ein Jahr um 260 000 jugendliche Arbeitskräfte zu entlasten, die Berufsberatung zu erleichtern und Lehrlingsmißbrauch zum Schaden der Ausgelernten und der älteren Gehilfen zu vermeiden. Wir müssen dabei aber auch eine Entschädigung vom Staate an die Eltern dieser Jugendlichen verlangen, wie sie in den angeführten Ländern bereits besteht. Ohne dies ist diese Frage auch bei uns nicht zu lösen. Alle Bedenken und Einwände der Handwerksmeister, die zunächst nicht im Interesse unserer Lehrlinge liegen, sind zu zerstreuen und haben unsere Gesellenausschüsse in den Innungsausschüssen und Handwerkskammerversammlungen sich unbedingt und energisch für dieses neunte Schuljahr als berufliche Vorbildung mit allen gegebenen Mitteln einzusetzen. Die Entlohnung unserer Lehrlinge ist noch ein besonderes Kapitel und bedarf unserer besonderen Beachtung. Ist nun ein Vater Arbeitslosenunterstützungsempfänger und erhält sein 16- oder 17jähriger Sohn wöchentlich ein Entgelt von 2,50 Mt., so ist der Vater nicht aufschlagsberechtigt, hat also für 2,50 Mt. wöchentlich seinen Sohn zu ernähren und ihn mit Kleidung zu versorgen. Schube braucht unser Lehrling während der Lehre bekanntlich nicht wenig. Denken wir dann noch an die Anschaffung des Werkzeugzeugs, wie es in der Tapezierbranche der Fall ist.

So wird es immer notwendiger, daß auch unsere Lehrlinge in den handwerklichen Betrieben mit in die Tarifverträge einbezogen werden, damit sie bessere menschenwürdige Entlohnung erhalten und Anspruch auf Ferien besitzen.

Treten unsere Gesellenausschüsse und unsere Organisation in dieser Weise für die Lehrlinge in den Betrieben der Handwerksmeister ein, so wird es uns leichter denn je sein, unsere Lehrlinge im Verband zu organisieren... und zu festigen.

W. Schmidt, Kassel.



# LINDCAR-Fahrräder u. Nähmaschinen sind das schönste Weihnachtsgeschenk

**Kleinste Raten! Beste Ausführung! Winterrabatt auf alle Herren- u. Damenfahrräder 10% auf unsere Kinderfahrräder 5%!**

Bezug durch unsere Niederlagen, durch sämtliche Ortsausschüsse des ADGB, sowie direkt durch das Lindcar-Fahrradwerk A.-G., Bln.-Lichtenrade - Unternehmen der freien Gewerkschaften

## Streiks und Lohnbewegungen.

### Fahrzeugbrande.

**Zielefeld.** In der Aussperrung der Metallindustrie hat sich nichts geändert.

**Köln.** In der Waggonfabrik Van der Zypen geht der Streit weiter.

**Hannover.** In der Metallindustrie ist ein Abwehrstreik ausgebrochen. Wir sind daran beteiligt mit 168 Mitgliedern.

**Hainz.** In dem Streit ist eine Wendung nicht eingetreten. Dasselbe ist zu berichten von dem Streit in Steutin.

**Stettin.** Alle Orte bzw. Betriebe sind für unsere Mitglieder gesperrt.

## Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Rothenburg o. d. L.** Die hiesige Zahlstelle hielt ihre fällige Mitgliederversammlung ab. Ein großer Teil der Mitgliedschaft war anwesend, ein Zeichen, daß das nötige Rückgrat vorhanden ist. Gauleiter Kollege Höbner-Nürnberg hielt ein sehr verständliches Referat über „Lohnabbau und Preispolitik“, aus welchem wiederum zu ersehen ist, daß der Zusammenschluß aller Werttätigen nötig ist, um den uns angedrängten Wirtschaftskampf bestehen zu können. Anschließend hielt Kollege Körner-Ansbach einen längeren Vortrag über die am 4. Mai d. J. der Deffentlichkeit übergebene Bundeschule des ADGB in Bernau, sowie über seine Teilnahme und Eindrücke eines dort stattgefundenen vierwöchigen Kurses. Beide Referate wurden von der Versammlung beifällig aufgenommen.

Den Kartellbericht gab Kollege Baumann. Hier handelte es sich über die vom Gewerkschaftsbund eingeführte Weihnachtsunterstützung für die Erwerbslosen. Die Stellungnahme der Verwaltung im heurigen Jahre wurde von den Mitgliedern für gut befunden.

Der Besuch und das Interesse an der Versammlung hat gezeigt, daß es vorwärts geht, denn einmal muß doch eine Besserung auf allen Gebieten eintreten.

## Aus der Gewerkschaftsbewegung

**Ein Schritt zur Einheit in Südafrika.** In einer vom South African Trades Union Congress (Südafrikanischer Gewerkschaftsbund) und der Cape Federation of Trade Unions (Gewerkschaftsföderation der Kapkolonie) einberufenen Konferenz wurde die Gründung eines zentralen Gewerkschaftsrates für die ganze Südafrikanische Union (South African Trades Union Council) beschlossen.

Dem zur Annahme gelangten Statutenentwurf zufolge sollen dem Rat alle bona fide Gewerkschaften und Arbeitervereinigungen Südafrikas angehören, die die Statuten des Rates anerkennen. Ziel der Organisation ist die Förderung der Interessen aller organisierten Arbeiter Südafrikas.

Ferner sprechen sich die Statuten der neuen Organisation in einer besonderen Bestimmung über die allgemeinen nationalen und internationalen Beziehungen aus. Der Rat soll „das ausschließliche Recht des Verkehrs zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Regierung sowie zwischen der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung und den nationalen und internationalen überseeischen Gewerkschaftsbewegungen haben“.

## Rundschau

**Die Lebensversicherung des amerikanischen Arbeiters.** Einer Erhebung des Internationalen Arbeitersamtes entnehmen wir, daß der amerikanische Arbeiter im Durchschnitt 59,16 Dollar im Jahre oder 3,4 Proz. seines Lohnes als Prämienleistung für eine Lebensversicherung verausgabt. Diese hohe Lebensversicherung findet ihre Erklärung zum Teil im Fehlen jeglicher Altersversorgungseinrichtungen. Trotz allem muß die in obigen Zahlen zum Ausdruck gebrachte Bewertung der Lebensversicherung

durch den Amerikaner doch überraschen. Auch der deutsche Arbeiter hat längst die Erkenntnis als Gemeingut, daß die staatliche Fürsorge nur ein Behelfsmittel für große Not ist und daneben die Lebensversicherung nicht entbehrt werden kann. Das Vorbild des amerikanischen Arbeiters sollte daher bei uns in der Weise Beachtung finden, daß ein angemessener Betrag für Lebensversicherungsprämien bestimmt wird. Die Volksfürsorge, das Versicherungsunternehmen der Gewerkschaften und Genossenschaften, schließt Versicherungen bei einer monatlichen Prämienzahlung ab, die jedem Werttätigen das Eingehen einer Versicherung ermöglicht.

**Künstliche Alterung des Holzes.** Wie die italienische Fachzeitschrift „Industria“ berichtet, ist neuerdings in Frankreich ein bemerkenswerter Fortschritt auf dem Gebiete der künstlichen Alterung des Holzes gemacht worden, indem man die heiße Luft der Trockenkammern mit Ozon vermischt. Dies hat zur Folge, daß die auf einer Oxydation der Kohlenwasserstoffe beruhende Erhärtung des Harzes infolge der größeren Aktivität des Ozons wesentlich beschleunigt wird. Es sind auf diesem Prinzip beruhende Anlagen geschaffen worden, in denen die Alterung des Holzes, je nach dessen Stärke, nur einige Tage oder Stunden beansprucht.

## Ford in England.

Der Bau der großen Automobilfabrik von Ford in Dagenham (England) steht vor seiner Vollendung. Eine große Anlage wurde da errichtet, die eine große Leistungsfähigkeit, 200 000 Wagen im Jahr, besitzt. Gegenüber den amerikanischen Anlagen Fords in Detroit mit einer Leistungsfähigkeit von 2 Millionen Wagen im Jahr ist freilich die englische Anlage nicht allzu groß. Sie wird die Aufgabe haben, außer England einen Teil des europäischen Kontinents mit Ausnahme von Sowjetrußland, Vorderasien, Palästina, Syrien und Arabien, Irak, Persien, Afghanistan, Ägypten und einige andere Teile Afrikas und einen Teil der Türkei zu beliefern. Die Ford-Anlagen in Detroit versorgen neben dem gewaltigen Absatzmarkt der Vereinigten Staaten Südamerika, China, Japan und Rußland. Die Anlagen Fords in Kanada, die im letzten Jahre 87 769 Wagen herstellten, beliefern Australien, Südafrika und Indien. In diesen Ländern genießen nämlich die in Kanada hergestellten Automobile eine Vorzugsbehandlung, weshalb die amerikanischen Autofabrikanten einen Teil ihrer Produktion zur Belieferung der Dominions nach Kanada verlegen. Es wird nun angenommen, daß der Fabrik in Dagenham ein Teil dieser Lieferungen übertragen wird. Die englischen Fabriken Fords, die mit der Eröffnung der neuen Fabrik stillgelegt werden, haben bisher 100 000 Wagen im Jahr abgesetzt. Diese Zahl soll auf das Doppelte erhöht werden. Der Durchschnittspreis eines Ford-Wagens beträgt in England zur Zeit 4000 Mt. Es wird aber angenommen, daß dieser Preis bis auf 2500 Mt. allmählich herabgesetzt wird. Vergrößerung des Absatzes, verbilligte Rohstoffbeschaffung und große Ersparnisse an Frachtkosten dürften eine starke Ermäßigung der Preise für die Ford-Wagen ermöglichen.

## 900 Millionen im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit in Amerika.

(A.G.B.) Bundesregierung, Regierungen der einzelnen Staaten und große Privatunternehmen der Vereinigten Staaten haben gemeinsam einen großen Kampf gegen die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit unternommen. Eisenbahngesellschaften sind zum Bau von Tausenden von Eisenbahnwagen übergegangen, Handelsfirmen errichten gewaltige Warenhäuser, Schiffswerften werden im kommenden Jahr Kaufahrtschiffe im Betrage von 50 Millionen Dollar herstellen. Regierungen der verschiedenen Staaten haben den Bau von Spitalern, Postämtern, Stauwehren usw. beschlossen. Allein in Washington soll ein Bauprogramm im Betrage von 115 Millionen Dollar zur Ausführung gebracht werden. In der Ferienzeit sollen zur Entlastung des Arbeitsmarktes zeitweilig nahezu eine halbe Million Werttätige im Postdienst eingestellt werden. In der Spitze dieser Bewegung marschiert der Westen

Amerikas, wo zu den genannten Zwecken 475 Millionen Dollar Verwendung finden sollen. Die entsprechende Zahl stellt sich für den Mittelwesten auf 285 Millionen, den Süden auf 75 Millionen, den Südwesten auf 74 Millionen Dollar. — Insgesamt sollen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten nahezu 1 Milliarde Dollar eingesetzt werden.

## Bücherchau

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Gotthard Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,50 Mt., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mt.

Erziehenden Kind im Süddeutschen Verlagshaus G. m. b. H., Stuttgart, Mühlentalstr. 41:

**Kindergymnastik in Spiel und Reim.** Das schöne gesunde Kind durch lebendige Bewegungserfahrungen und natürliche Ernährung. Von Dr. med. H. Wulsen. Vierter Abt. der Anzahl für Rechen- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit Bildern. Preis 1,25 Mt.

**So muß der Zuckerkranker leben!** Aktuelle Ratsschläge für die Lebensweise des Diabetikers. Mit Platanenzeichnungen nach modernen Grundrissen für leichte, mittelschwere und schwere Fälle. Von Dr. med. H. Wulsen. Vierter Abt. der Anzahl für Rechen- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit Bildern. Preis 2 Mt.

**Die wirksame Bekämpfung des vorzeitigen Alters.** Von Dr. med. H. Wulsen. Vierter Abt. der Anzahl für Rechen- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit 15 Bildern, 90 Seiten Octobros. Preis 2 Mt. Neue Auflage (6.—13. Tausend).

**Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit.** Vollständig dargestellt von Fritz W. Schöhl. Nach einem Vortrag, gehalten in der Freien Sozialistischen Hochschule in Berlin am 8. November 1930. V. v. R. Tisch Nachrichten G. m. b. H., Berlin SW 68. 32 Seiten. 0,50 Mt.

## Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 7. Dezember bis zum 13. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

### Ertraunterstützung.

Reisende Mitglieder, die mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet, jedoch in der Verbandsunterstützung ausgefallen sind, erhalten die Weihnachtsunterstützung in derjenigen Verwaltungsstelle ausgezahlt, in der sie zuerst nach dem 20. Dezember zugereist kommen, die empfangene Unterstützung ist auf Seite 34 des Mitgliedsbuches einzutragen.

### Der Hauptvorstand.

Leipzig. Im Laufe des Jahres 1930 vollendeten ihre 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation folgende Kollegen:

- Steffen, Peter, Sattlerer;
- Wegner, Emil, Tapezierer;
- Schlafke, Paul, Tapezierer;
- Fürstenberg, Karl, Tapezierer;
- Müller, Wilhelm, Sattler (Invalide);
- Krause, Otto, Tapezierer;
- Michael, Emil, Tapezierer (Invalide);
- Faber, Paul, Portefeulienler;
- Rudloff, Arthur, Sattler;
- Romard, Otto, Sattler;
- Pröbber, Oskar, Sattler;
- Scherf, Fritz, Sattler;
- Schirmer, Emil, Tapezierer;
- Pforte, Albert, Sattler;
- Reichel, Julius, Sattler;
- Reibert, Fritz, Sattler;
- Medel, Julius, Sattler.
- Kloffe, Friedrich, Sattler.

Wären unsere Jungen ihnen nachzueifern.

## Adressenänderungen

Mannheim. Vorf.: Robert Reidig, Hochuferstraße 57.

Oppeln. Raff.: Theodor Rogon, Volksbau Oppeln, Wilhelmstr. 7.